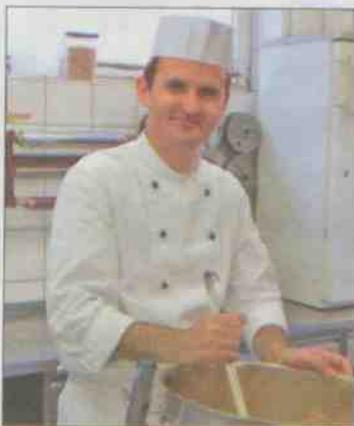


Asylpolitik im Kreuzfeuer

Zwei Familien, die seit Jahren in Mittersill leben, droht die Abschiebung. Obwohl sie gut integriert sind, wie Bürgermeister Viertler bestätigt.

MITTERSILL (simo, bri). Bürgermeister Wolfgang Viertler gilt nicht als Freund einer liberalen Asylpolitik. Doch die beiden Fälle bringen ihn in Rage: „Ich fordere die politisch Verantwortlichen auf, diese Blödheiten abzustellen. Durch solche Dinge macht sich der Rechtsstaat lächerlich.“ Diese „Dinge“ betreffen zwei kosovarische Familien, die seit zehn bzw. sieben Jahren in Mittersill leben und als gut integriert gelten. Das haben Viert-



Halit Rexha erhielt einen negativen Asylbescheid. Bild: SW/BRINEK

ler Arbeit- und Quartiergeber, Kindergärtnerinnen und viele Personen mehr bestätigt.

Bereits 1999 kam Hajdin Avdijaj nach Mittersill, lernte dort seine Frau Elvire kennen, 2005 und

2008 kamen ihre beiden Kinder zur Welt. Seit sieben Jahren arbeitet Hajdin zur vollsten Zufriedenheit beim Sägewerk Egger in Stuhlfelden. Kürzlich bekam die Familie den negativen Asylbescheid.

Ähnlich liegt der Fall bei der Familie von Halit Rexha. 2002 stellte der Kosovo-Albaner einen Asylantrag. Knapp danach bezog die Familie in Mittersill Quartier und Rexha begann zu arbeiten. „Der Halit arbeitet brav, zahlt seine Steuern und liegt dem Staat keineswegs auf der Geldtasche“, heißt es aus dem Arbeitsumfeld von Rexha. Er ist im Sporthotel Kogler beschäftigt und hat sich dort rasch zu einem „Mädchen für alles“ entwickelt. Nun, sieben Jahre später, bekam er einen negativen Asylbescheid zugestellt. Dieser tritt Ende November in

Kraft. Gegen den Bescheid gibt es keine Einspruchsmöglichkeit.

Beiden Familien droht die Abschiebung. Und das gefällt Viertler nicht: „Beide Familien zahlen Steuern, ihr soziales Verhalten ist in Ordnung. Es wäre inhuman, sie herauszureißen.“ Er tritt für eine Pardonierung der Familien ein, kritisiert die lange Verfahrensdauer: „Das ist ein Trauerspiel. Ein Verfahren muss schnell gehen, und wenn negativ entschieden wird, muss es zu einem schnellen Abschluss kommen. Wenn aber jemand voll integriert ist und in der Lage, sich eine Existenz aufzubauen, dann gehört das berücksichtigt.“ Die beiden Familien sind verzweifelt. Eine Chance bietet nur noch das „Humanitäre Bleiberecht“. Die Entscheidung darüber liegt bei der Innenministerin.